

Deutschland schludert bei Terrorbekämpfung

Die neue schwarze Liste der EU-Kommission umfasst 23 Länder, die nicht genug gegen Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung tun. Die Europäische Union kämpft seit Jahren mehr oder weniger mit Gesetzen diese Entwicklung. Im Februar wird eine neue schwarze Liste von Drittstaaten mit einem hohen Risiko für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung veröffentlicht. Hierzu gehören u.a. Panama, Libyen und Saudi-Arabien, aber auch die Jungferninseln in der Karibik und Amerikanisch-Samoa.

Den aufgeführten Drittstaaten drohen zwar keine Sanktionen seitens der EU. Die europäische Gesetzgebung zur Bekämpfung von Geldwäsche verpflichtet in der EU tätige Banken und andere Unternehmen aber, im Umgang mit natürlichen oder juristischen Personen mit Sitz in den aufgeführten Hochrisikoländern „verstärkte Sorgfaltspflichten“ anzuwenden und umfangreiche Informationen einzuholen. Das Ergebnis sind vorerst 23 Länder, die wegen mangelnder Aufsichtspflicht oder laxer Gesetzgebung



für die Sicherheit und das Finanzsystem der EU das größte Geldwäscherisiko darstellen. Bisher folgte Brüssel den Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF), einem internationalen Gremium zur Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit Sitz in Paris.

Deutschland ist jedoch wieder eines der Länder, welches die vierte und fünfte EU-Geldwäscherichtlinie noch nicht umgesetzt hat. Die EU-Kommission hat darum in der vergangenen Woche ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Bundesregierung eingeleitet. Das wäre nicht das erste Verfahren, welches gegen Deutschland eingeleitet würde, aber im Zusammenhang mit der Brisanz und der damit verbundenen Sicherheit unserer Bürger eine neue Dimension.

Lungenärzte bezweifeln Nutzen der Dieselmotorgrenzwerte

100 Lungenärzten haben die Debatte um den Nutzen von Dieselfahrverboten angestoßen, indem sie den Sinn der Grenzwerte für Stickstoffdioxide anzweifeln. Sie widersprachen damit unter anderem Positionierungen der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP).

Die Experten verlangen, dass bisherige wissenschaftliche Studien durch unabhängige Forscher neu bewertet werden. Unter den Unterzeichnern sind Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, der Deutschen Lungenstiftung und des Verbandes Pneumologischer Kliniken. Bislang galt als gesichert, dass die Luftbelastung Auswirkungen auf die Lebenserwartung in Deutschland nehmen würde.

Die Bundesregierung will sich nun mit den Ausführungen der Ärzte auseinandersetzen, die im Gegensatz zu dem stehen, was bisher der Bevölkerung vorgetragen wurde. Es darf daher mit Spannung erwartet werden, wie mit den Ausführungen der Ärzte verfahren wird.

Rückblick zur VS-Beobachtung

(Von Haymo Hoch, REP Landesverband Hessen) Mit Urteil vom 31.8.1998 wurde das Land Berlin verurteilt, die weitere Beobachtung der Republikaner mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu unterlassen. Außerdem wurde festgestellt, dass die Aufnahme der Partei in den Verfassungsschutzbericht 1997 rechtswidrig war. Mit Urteil vom 7.4.2006 (NVwZ 2006, 838) wies das OVG Berlin-Brandenburg die dagegen gerichtete Berufung des Landes zurück. Daraufhin beschloss das Bundespräsidium der Partei am 29.7.2006, gegen das Bundesministerium des Innern wegen des Bundesverfassungsschutzberichts 2005 Klage zu erheben. Ich wurde mit der Durchführung beauftragt. In den folgenden Monaten arbeitete ich eine Stellungnahme zu den im Bericht enthaltenen Vorwürfen gegen die Partei aus und leitete diese an den Berliner Rechtsanwalt Lutz Körner weiter, der bereits den Landesverband Berlin vertreten hatte. Er erstellte sozusagen als Korrespondenzanwalt die

Klageschrift und reichte diese mit Datum vom 21.3.2007 beim Verwaltungsgericht Berlin ein. Wenig später wurde der Verfassungsschutzbericht 2006 veröffentlicht. Dieser enthielt kein eigenes Kapitel für die Republikaner mehr, nannte aber weiterhin ihre Mitglieder beim rechtsextremistischen Personenpotenzial. Am 1.4.2008 fand beim Verwaltungsgericht Berlin ein Mediationstermin statt. Die Vertreter des Ministeriums gaben bekannt, dass in Kürze der Verfassungsschutzbericht 2007 veröffentlicht werde und dass die Republikaner darin gar nicht mehr genannt würden, auch nicht beim rechtsextremistischen Personenpotenzial. Daraufhin erklärten alle Beteiligten das Verfahren für in der Hauptsache erledigt. Außerdem erklärte der Bevollmächtigte des Ministeriums: Die Beklagte wird über den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nur unter Anwendung äußerster Sorgfalt und Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit entscheiden. Berichte aus

anderen Parteien über eine Zusammenarbeit mit der Klägerin und mit nachrichtendienstlichen Mitteln erworbene Informationen wird die Beklagte unter Anwendung äußerster Sorgfalt verantwortungsvoll werten. Diese Erklärung erfolgte unter der Voraussetzung, dass die Partei sie nicht zum Gegenstand von Presseverlautbarungen macht. Im Verhältnis zur AfD ist die Sachlage die, dass Teile der AfD beobachtet werden und die ganze Partei ein Prüffall mit ungewissem Ausgang ist, während die Republikaner die entsprechende Prüfung längst bestanden haben und nicht mehr beobachtet werden.

Wichtig ist vor allem, dass wir nicht, wie es in einigen Zeitungsartikeln hieß, wegen Bedeutungslosigkeit aus den Verfassungsschutzberichten herausgenommen wurden, sondern aufgrund unserer Klage und der vollständigen Widerlegung aller Vorwürfe.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Neuer Landesvorstand in NRW



Am 26.01 wählten die nordrhein-westfälischen Republikaner einen neuen Landesvorstand, der sich aus hoch motivierten Aktivisten aus dem ganzen Bundesland zusammensetzt. In den nächsten Tagen stellen wir auf unserer Internetseite unser Team dann umfangreicher vor. Wiedergewählt wurde der bisherige Landesvorsitzende Maniera. Ihm zur Seite stehen u.a. die stellv. Landesvorsitzenden Marsch, Stadtrat aus Porta Westfalica und Bezirksvorsitzender OWL, sowie der Kreisvorsitzende aus Mönchengladbach Felgenheuer und der Viersener Kreisvorsitzende Wirtz.

Erklärtes Ziel der Anwesenden war u.a. der weitere Ausbau der Untergliederungen, denn hierdurch wird der Grundstein für zusätzliche Kommunalwahlen 2020 gelegt. Aktuell wird dieses Projekt bereits in den Städten Mönchengladbach, Hagen und Viersen umgesetzt, aber auch weitere Städte stehen im Fokus unserer Arbeit. Aus diesem Grund werden an die Untergliederungen auch Kampagne-Postkarten ausgegeben, die in einer hohen Stückzahl in verschiedenen Städten und Kreisen verteilt werden.

Unterschriftensammlung zur Europawahl

In den vergangenen Wochen haben uns viele neue Unterstützungsunterschriften erreicht, wofür wir uns herzlich bei den Parteifreunden bedanken. Trotzdem werden noch dringend weitere Unterschriften benötigt, da leider einige Wahlämter bei der Bestätigung überaus kleinlich sind. Deshalb appellieren wir an unsere Parteifreunde sich in den nächsten Wochen noch einmal mit aller Kraft auf die Sammlung der fehlenden Unterstützungsunterschriften zu konzentrieren. Achten Sie bitte auch darauf, dass das Formular komplett ausgefüllt und unterschrieben an uns zurückgesandt wird. Die Vordrucke können Sie weiterhin auf dieser Seite herunterladen:

<https://www.die-republikaner.net/europawahl/unterschriften/>

Kommunalwahlaufstellung in Bernkastel-Wittlich

Am Freitag, den **8. Februar 2019** um 19.00 Uhr findet im Gasthof "Zur Breit" in Wittlich eine Mitgliederversammlung der Partei DIE REPUBLIKANER in der Stadt Wittlich zur Aufstellung der Kandidaten für den Wittlicher Stadtrat statt. Unser lokaler Kreisvorsitzender Maximilian Meurer ist für Rückfragen Ihr Ansprechpartner, falls auch Sie Interesse an einer politischen Mitarbeit in der Region haben.

Keine Punk-Moschee in Düsseldorf

In Düsseldorf soll in diesem Jahr eine Prunk-Moschee fertiggestellt werden, mit 36 Gebetsräumen. Bereits als das Vorhaben vor Jahren bekannt wurde haben DIE REPUBLIKANER die lokale Bevölkerung umfangreich über die Pläne informiert. Entstehen sollen ebenfalls Minarette in der Höhe von 18 Metern.

Im Zuge der Fertigstellung werden die Republikaner weitere Informationskampagnen im Umland starten und eine Mahnwache abhalten. Unserer Meinung nach gibt es ausreichend Moscheen und generell Gebetsräume in Düsseldorf, weshalb dieses Großprojekt nicht nur unnötig ist, sondern aufgrund seiner Baubeschaffenheit und den geplanten Minaretten ein Machtsymbol darstellt. Unser Motto ist weiterhin: „Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul“.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg**: einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land**: Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München**: Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding**: Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land**: Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing**: Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim**: In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel**: Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf**: Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal**: Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch**: abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe**: Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen**: Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Mönchengladbach**: Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Nächste Veranstaltung am 2.2.19. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen**: Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen**: Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.